

## **B-12-2005 – Bayern Bildungseinrichtungen fehlt Geld: Eltern, Kinder und Lehrer sind die Leidtragenden**

### **Bayern Bildungseinrichtungen fehlt Geld: Eltern, Kinder und Lehrer sind die Leidtragenden**

- von **Hans-Ulrich Pfaffmann**, MdL,  
*Mitglied des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag –*

Nach wie vor fehlt es in Bayerns Bildungseinrichtungen an Geld zur Finanzierung der immer schwieriger und umfangreicher werdenden Aufgaben. Das wird auch im kommenden Schuljahr 2005/06 Eltern, Lehrer und Schüler weiter belasten.

Der Anteil der Staatsausgaben für die Schulen stagniert seit 1993 bei nur 17,4 Prozent des Haushaltsvolumens, obwohl die Schülerzahlen um rund 173.000 gestiegen sind. Das heißt: real weniger Geld für die Schulen und das trotz deutlich gestiegenen Schülerzahlen und neuer pädagogischer Herausforderungen.

Als Konsequenz fordert die SPD-Landtagsfraktion die Aufstockung des Bildungsetats um eine Milliarde Euro in den nächsten Jahren (Bildungsmilliarde) unter anderem für mehr pädagogisches Personal an den Schulen (5000 Planstellen), zur Umsetzung von mehr Ganztagschulen in Bayern und für den Bereich Jugendarbeit.

Die Probleme des achtjährigen Gymnasiums sind auch weiter ungelöst. Der Leistungsdruck durch mehr Wochenstunden im G8, mehr Lernstoff in kürzerer Zeit sowie akuter Lehrermangel, Nachmittagsunterricht und Intensivierungsstunden führen bei nicht ausreichender individueller Förderung der Schülerinnen und Schüler zu schweren Belastungen aller Beteiligten.

Die Kommunen werden mit dem Finanzbedarf für die notwendigen baulichen Maßnahmen allein gelassen und bleiben auf riesigen Kosten sitzen. Ende Juli hat die SPD-Fraktion die vollständige Übernahme der Investitionskosten für das G8 gemäß dem Konnexitätsprinzip im Landtag beantragt. Dabei muss ein Verbesserungskonzept erstellt werden, um die Anpassung und Finanzierung der baulichen, organisatorischen und pädagogischen Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Die Realschulen müssen mit einem enormen zusätzlichen Schülerzuwachs rechnen. Im Vergleich zum letzten Jahr haben sich über 5.000 Schülerinnen und Schüler zusätzlich für die 200 staatlichen Realschulen Bayerns angemeldet. Für diesen enormen Zuwachs gibt es keinerlei kurz- und mittelfristige Konzeption seitens der Staatsregierung.

Hauptursache dieses Schülerzuwachses ist die G8-Baustelle. Leistungs- und Notendruck, organisatorische Probleme, räumliche Enge und die ungelöste Mittagsbetreuung am G8 haben viele Eltern abgeschreckt. Um den Schülerzuwachs bewältigen zu können, fordert die SPD-Fraktion, umgehend Finanzmittel für 500 Lehrer und Lehrerinnen für die Realschulen bereitzustellen.

Die Lage an den bayerischen Hauptschulen ist nicht besser. Sie sind die Leidtragenden Schulreformen der letzten Jahre. Für sie gibt es keine zukunftsfähige Konzeption. Die Aufmerksamkeit des Kultusministeriums richtete sich bisher vor allem auf R6 und G8. Die Hauptschule gerät massiv ins Hintertreffen.

Die Schulreformen gefährden besonders auf dem Land die flächendeckende Versorgung mit Hauptschulen. Viele kleine Hauptschulen und vor allem Teilhauptschulen wurden bereits geschlossen. Gleichzeitig gerät die Hauptschule vor allem in den Großstädten mehr und mehr zur „Restschule“ für Zuwandererkinder und bildungsferne Schichten.

Mittel- und langfristig braucht es eine eingehende reformerisch orientierte Diskussion über das bayerische Schulsystem, welche die frühe Selektion und das dreigliedrige Schulsystem in Frage stellt.

Nach wie vor fehlen an allen Schularten ausreichend Lehrerinnen und Lehrer. Übergroße Klassen an allen Schularten, schlechte Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal, immer mehr schwierige bzw. auffällige Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förder- und Betreuungsbedarf und eine verstärkte Verlagerung der gesellschaftlichen und sozialen Probleme an die Schulen belasten die Lehrerinnen und Lehrer auch im Schuljahr 2005/2006 enorm.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein Personalkonzept, das die Schaffung von 5000 Planstellen in den kommenden Jahren vorsieht. Bayern braucht größere pädagogische und organisatorische Selbständigkeit für die Schulen und den Einsatz von bedarfsgerechter Schulsozialarbeit in allen Schulen.